

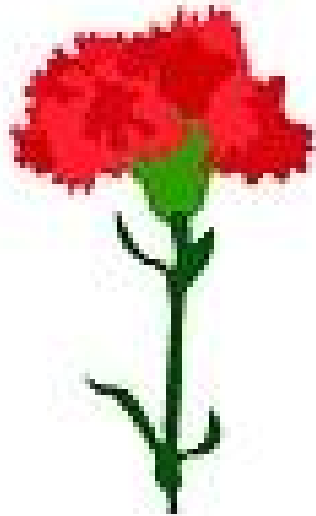
## 10 Jahre Hartz IV: sinkende Löhne, mehr Leiharbeit, Zunahme von Werkverträgen

Lange vor Einführung der Hartz-Gesetze durch die Schröder-Fischer-Regierung baute Margret Thatcher in Großbritannien das Sozialsystem um. Fortgesetzt und verschärft wurde der rigorose Sozialabbau von Tony Blair. Er veröffentlichte 1999 mit Schröder ein Papier, in dem die Neoliberalisierung sozialdemokratischer Politik festgeschrieben wurde. Sozialabbau, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und Unternehmenssteuersenkung erklärten sie zum Kern sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

Folgerichtig wurde in mehreren Schritten eine Unternehmenssteuerreform verabschiedet. Klammheimlich installierte Rot-Grün 2004 ein „Personalaustauschprogramm Seitenwechsel“, das Lobbyisten Zugang zu allen Ministerien ermöglichte. Erst zwei Jahre später erfuhr die Öffentlichkeit durch eine Monitor-Sendung von diesen Vorgängen. Lobbyisten aus dem Finanzsektor und anderen Wirtschaftsbereichen traten als Bundesbeamte auf und waren sogar an der Formulierung von Gesetzen beteiligt.

Während auf der einen Seite mit den Hartz-Gesetzen ein fundamentaler Sozialabbau für die Beschäftigten verbunden war, kam die Wirtschaft in den Genuss großer Steuergeschenke.

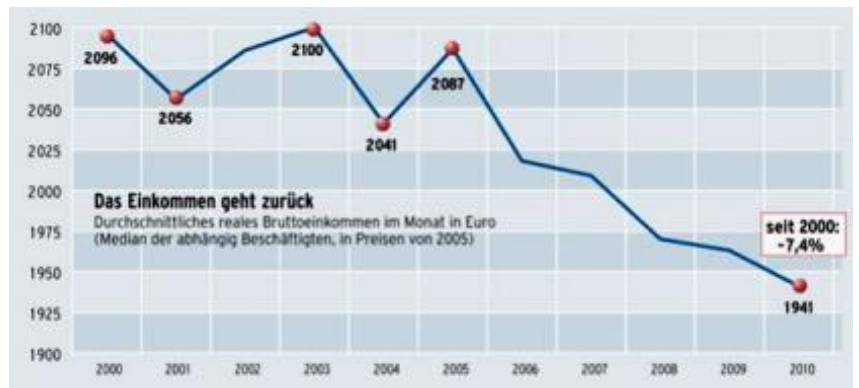
Eine neue Sprachregelung wurde eingeführt. Aus Arbeitslosen wurden Kunden. Das Arbeitsamt wurde zur Arbeitsagentur, in der Philadelphia-



straße haben dann auch folgerichtig Zeitarbeitsfirmen ihre Büros, damit die Vermittlung in die saumäßig schlecht bezahlten Jobs möglichst schnell erfolgt.

Schlagworte wie Senkung der Arbeitslosenquote, schnelle und passgenaue Vermittlung, Förderung von Eigeninitiative, Fordern und Fördern, Effizienzsteigerung, Erreichen von Vollbeschäftigung, effiziente und bürgerfreundliche Verwaltung sollten die eigentlichen Aufgaben der Hartz-Gesetze verschleiern. Dass dies nicht gelungen ist, dass in Folge Hunderttausende Menschen montags auf die Straßen gingen, war eine beeindruckende Reaktion der BürgerInnen. Leider hat dieser Massenprotest die Durchsetzung dieser Gesetze nicht verhindert. Im Zuge dieser BürgerInnenbewegung ist bekanntlich die WASG gegründet worden und durch das Zusammengehen mit der PDS die Partei DIE LINKE entstanden.

10 Jahre nach der Einführung der Hartz-IV-Gesetze ist die Bilanz katastrophal:



Quelle: <http://www.armutsnetzwerk.de/index.php/arbeitsmarkt/lohn/123-reallohnentwicklung-in-deutschland>

Die Armut- Reichtumschere geht weit auseinander. Nach Angaben der OECD hat die Einkommensungleichheit in Deutschland zwischen 2000 und 2005 stärker zugenommen als in den 15 Jahren vorher.

Abhängig Beschäftigte und VerbraucherInnen bringen knapp 80 % der Steuer auf, während die Einkommen aus Gewinnen gerade mal 12 % betragen.

Die Beiträge für die Alters- und Krankenversicherung entwickeln sich nicht mehr paritätisch. Zusätzliche Kosten werden ausschließlich von den Beschäftigten getragen, die Arbeitgeberbeiträge wurden eingefroren.

Fast 25 % aller Beschäftigten arbeitet mittlerweile im Niedriglohnsektor. 1,4 Millionen Beschäftigte mussten 2011 aufstocken, weil ihr Lohn unterhalb der Grundsicherung lag. Das bedeutet, sie beziehen zusätzlich zu ihrem Lohneinkommen Hartz-IV-Leistungen.

Junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr werden besonders stark entmündigt. Sie müssen bei ihren Eltern wohnen bleiben. Bei Regelverstoß

(z.B. Termin nicht wahrgenommen) wird die Geldleistung 3 Monate entzogen. (Elternbestrafung? Die Eltern werden ihr Kind wohl kaum verhungern lassen.)

Die Aufspaltung der Beschäftigten in solche in Normalarbeitsverhältnissen und atypisch Beschäftigte hat auch den Entsolidarisierungsprozess unter den Beschäftigten beschleunigt. Gleichzeitig machten Unternehmen riesige Gewinne. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

Die Einführung eines - durch viele Ausnahmen eingeschränkten - gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € ist nicht ausreichend. Die Niedriglohngrenze liegt z.Zt. bei 9,15 €. Unter diesem Satz zu bleiben, ist unzumutbar für die Beschäftigten. DIE LINKE begrüßt zwar, dass sich überhaupt etwas bewegt, aber ein Schnecken-tempo mit vielen Ausnahmen ist nicht die Lösung. Unsere Forderung nach einem Mindestlohn von 10 € sofort und weiterhin eine Anpassung an die Lohnentwicklung ist im Interesse der Beschäftigten vernünftig und überfällig.

vds

### Inhalt:

- Seite 2: Der 1. Mai - eine geschichtliche Einordnung mit aktuellem Bezug Bauarbeiter-Protest in Krefeld gegen "Profitgierliste" der Bau-Bosse
- Seite 3: TTIP geheim - weil Brisant Geheimsache Streichliste
- Seite 4: Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Rat der Stadt
- Seite 5: Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirksvertretungen
- Seite 6: Für echte Strom- und Mietpreisbremsen! 320.000 Stromsperrern im Jahr 2012
- Seite 7: Bücherei Uerdingen: Kriegserklärung gegen eine kommunale Einrichtung
- Seite 8: Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen links

## Unternehmenssteuerreform

- Gewinne werden in großem Umfang entlastet, die Körperschaftsteuer sinkt von 40% auf 25 %.
- Der Spitzensteuersatz auf einbehaltene Gewinne wird von 56 % auf 38,6 % gesenkt!
- Spitzensteuersatz für private Einkünfte - bislang bei 53 % - sinkt auf 42 %!

# Der 1. Mai – eine geschichtliche Einordnung mit aktuellem Bezug

**Am 1. Mai Tag finden in Deutschland und fast überall auf der Welt gewerkschaftliche Kundgebungen, Demonstrationen und andere Aktionen statt.**

**Der 1. Mai ist seit mehr als 120 Jahren DER Tag der Lohnabhängigen. Diese Tradition hat ihren Ursprung in den USA. Am 1. Mai 1886 wurde dort für die Einführung des Acht – Stunden – Tags gestreikt.**

Die Entscheidung für den 1. Mai hatte einen Grund. Zur damaligen Zeit endeten die meisten Arbeitsverträge genau zu diesem Termin. Der neue Acht-Stunden-Tag sollte so in die neuen Verträge aufgenommen werden.

Es traten 400.000 Beschäftigte aus 11.000 Betrieben in den Streik, aber nur für 20.000 Arbeiter konnte der Acht-Stunden-Tag durchgesetzt werden.

Dieser Erfolg war bescheiden, aber dieser Tag bleibt wegen eines anderen Ereignisses in Erinnerung. Durch Polizeiübergriffe am 1. Mai und durch deren Folgen kam es am 02.05.1886 auf dem Haymarket in Chicago zu einem Massaker an über 20 getöteten Arbeitern. Vier Arbeiteraktivisten wurden danach vom Staat hingerichtet.

Der Gründungskongress der Zweiten Internationalen 1889 rief zum Gedenken an die Opfer des Haymarket Aufstandes den 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ aus. Am 1. Mai 1890 wurde zum ersten Mal dieser „Protest- und Gedenktag“ mit Massenstreiks und Massendemonstrationen in der ganzen Welt begangen.

Auch in Deutschland beteiligten sich etwa 100.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an Streiks, Demonstrationen und sogenannten „Maispaziergängen“, obwohl sie von Sanktionen bedroht waren. Die Unternehmerverbände drohten für den Fall von Streiks am 1. Mai mit Aussperrungen, Entlassungen und Schwarzen Listen. Wer darauf ge-

riet, brauchte sich in seiner Gegend um Arbeit nicht mehr zu bemühen.

Nur wenige Unternehmer waren um sozialen Ausgleich und Deeskalation bemüht.

Der Forderung eines Acht-Stunden-Tages in Deutschland wurde nicht entsprochen und war daher immer die Hauptforderung bei zukünftigen Kundgebungen.

Die Sozialdemokratische Partei (SPD) beschloss auf ihrem Hallenser Parteitag im Oktober 1890, den 1. Mai als dauerhaften "Feiertag der Arbeiter" einzuführen.

1933 machten die Nazis den 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit“ zum Feiertag, um die Zerschlagung der Gewerkschaften am 02.05.1933 vorzubereiten. Sie versuchten so, die ArbeiterInnenbewegung zu kaufen.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde der 1. Mai in der Bundesrepublik Deutschland per Feiertagsgesetzen der Bundesländer ein gesetzlicher Feiertag.

Die amtliche Bezeichnung in Deutschland ist durch Gesetze der einzelnen Länder geregelt. In Nordrhein-Westfalen z.B. ist der 1. Mai offiziell Feiertag als „Tag des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenwürde“.

Dieser Titel dieses Feiertages entspricht genau den Forderungen der Partei DIE LINKE. Es gilt aber nicht nur zu bekennen, sondern auch mit Nachdruck Freiheit und Frieden, soziale Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenrechte einzufordern.

Dazu bietet der 1. Mai eine hervorragende Gelegenheit. Er ist weiterhin weltweiter Aktions- und Feiertag der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung für mindestens die Durchsetzung der Menschenrechte auf Leben, Freiheit, gute Arbeit, usw. Für sehr viele Menschen geht es am 1. Mai auch um die Überwindung des Kapitalismus.

St. H., D.F.

# Bauarbeiter-Protest in Krefeld gegen „Profitgier-Liste“ der Bau-Bosse

**Bauarbeiter aus Krefeld machen ihrem Ärger Luft: Sie ließen am 24. April Schippe und Hammer fallen.**

Grund war ein Bau-Protest, an dem sich Bauarbeiter aller Firmen, die rund um den Ostwall Straßen- und Gleisbauarbeiten machen, beteiligten. Mit dabei auch: Betriebsräte aller maßgeblichen Krefelder Bauunternehmen.

„Bei den heimischen Bauarbeitern wächst die Unzufriedenheit“, so die IG BAU Düsseldorf. Verantwortlich dafür sei der Verlauf der aktuellen Tarifverhandlungen. „Der Haussegen auf dem Bau hängt schief. Es ist eine Mischung aus Wut und Frust, mit der die Bauarbeiter morgens zur Baustelle fahren“, sagt Sieghardt Molder vom IG BAU-Bezirksverband Düsseldorf.

Er wirft den Arbeitgebern vor, bei den Tarifverhandlungen „das soziale Empfinden einer Betonwand“ an den Tag zu legen.

Im Fokus dabei: Die Forderung der Arbeitgeber nach einer Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Tag, wenn es wie am Krefelder Ostwall beispielsweise um den Straßen- und Gleisbau geht. „Den Bau-Bossen ist es egal, ob ein Bauarbeiter morgens um 5 Uhr oder schon um 4 Uhr aufstehen muss, um pünktlich zur Arbeit zu kommen. Hauptsache, 10 Stunden durchschufteln.“

Auch die Fahrtkostenerstattung ist ein Dorn im Auge. Es geht um die

Fahrten zu den Baustellen, für die die Bauarbeiter Tag für Tag ihren Privatwagen nutzen. „Hohe Spritpreise machen ihnen dabei enorm zu schaffen. Hier sind die Arbeitgeber bei steigenden Fahrtkosten nicht bereit, auch nur einen Cent mehr dazuzugeben“, Der IG BAU-Gewerkschaftssekretär macht die Dimension, um die es geht, klar: „Wir reden hier nicht nur über zehn oder 15 Kilometer. Das sind oft enorme Strecken quer durchs Land am Niederrhein, bei denen die Baubeschäftigten kräftig draufzahlen – Kilometer für Kilometer. Ähnlich sehe es bei den Kosten für Unterkunft und Verpflegung aus. Hier seien Bauarbeiter betroffen, die von weither auf die niederrheinischen Baustellen kommen. „In Krefeld oder Düsseldorf arbeiten, heißt auch, in Krefeld oder Düsseldorf schlafen.“

Darüber hinaus geht es den Bauarbeitern in Krefeld aber auch um eine Lohnerhöhung. „Auch hier schalten die Bau-Bosse auf stur. Sie haben sich lediglich zu einem mickrigen ‚Cent-Angebot‘ durchgerungen, von dem sie wissen, dass es unannehmbar ist“, sagt Sieghardt Molder. Die IG BAU fordere ein Gesamtpaket, bei dem von der Fahrtkostenerhöhung bis zur Lohnerhöhung ein Plus von 7 Prozent stehe.

In diesem Jahr werde die Bauwirtschaft kräftig wachsen – um voraussichtlich 3,5 Prozent, so der IG BAU-Gewerkschaftssekretär. Da sei es nur konsequent und notwendig, dass die Löhne am Bau mit der allgemeinen Entwicklung Schritt halten müssten. Die IG BAU Düsseldorf kündigte weitere Proteste an, sollte die nächste Verhandlungsrunde der Tarifparteien am 5. Mai keine wesentlichen Fortschritte bringen.

Grußworte richtete u. a. der Sprecher der Linkspartei Krefeld Stephan Hagemes an die Bauarbeiter. DIE LINKE. wird sich auch im Rat dafür einsetzen, dass nur tarifgebundene Firmen Aufträge von der Stadt Krefeld bekommen.

MG



Bild oben Stephan Hagemes richtet Grußworte an die Bauarbeiter.

Bilder unten: Protestierende Bauarbeiter





# TTIP: Geheim – weil brisant

**Alles, was in irgendeiner Weise scharfen Protest der betroffenen Menschen in unserem Land hervorrufen könnte, wird in der Regel geheim verhandelt.**

**Seit einem Jahr laufen Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit den USA. Bekannt unter dem Kürzel TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Die Verhandlungen laufen geheim. Begründet wird dies damit, dass der Verhandlungserfolg nicht gefährdet werden dürfe.**

Der Öffentlichkeit wird vorgegaukelt, dass durch das Abkommen ein deutliches Wirtschaftswachstum eintreten würde und beide Seiten erhebliche Vorteile hätten. Eine von der EU in Auftrag gegebene Studie hat dagegen ergeben, dass ein Wachstum von 0,5 % in 10 Jahren zu erwarten sei. 0,05 % pro Jahr. Maßgeblich an der Verfassung dieser Verträge beteiligt sind Lobbyisten aus Konzernen, denen das Abkommen großen Nutzen brächte.

Was aber wären die Folgen für die Menschen hier?

- Bei uns dürfte danach Hormonfleisch verkauft werden;
- Wir würden Fleisch von geklonten Tieren in die Fleischtruhen bekommen;
- Chlorhähnchen gelangten auf unsere Teller;

- Gentechnisch veränderte Lebensmittel wären zugelassen;
- Fracking zur Gasgewinnung wäre erlaubt, damit würden unser Grundwasser und die Böden verseucht werden;
- Die bei uns hart erkämpften Rechte der Beschäftigten, die durch die Hartz-Gesetze ohnehin schon stark abgebaut wurden, würden weiter abgebaut;
- Nationale Parlamente würden in ihrer Gesetzgebung ausgehebelt;
- Klagen von Konzernen gegen einzelne Staaten wären möglich, verhandelt würde nicht vor ordentlichen Gerichten, sondern vor Schiedsgerichten, die aus drei Anwälten bestehen.



- Entscheidungen wären völkerrechtlich bindend. Revisionsmöglichkeiten gibt es nicht. Schon jetzt sind solche Klagen z.T. möglich. So klagt beispielsweise der Energiekonzern Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der Abschaltung von Atomkraftwerken auf 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz. Regierungen werden so erpressbar, die großen Konzerne hätten noch mehr Macht als bisher.

- Wofür steht DIE LINKE im Europaparlament, im Bundestag, den Landtagen, den Kommunen und bei Protestaktionen auf der Straße und anderswo?
- Wir wollen das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA stoppen.
- Wir wollen mit anderen zusammen den Widerstand gegen TTIP in Parlamenten und auf der Straße lautstark vertreten.
- Wir wollen klare Regeln beim Datenschutz und gegen das Ausspionieren durch Geheimdienste.
- Wir wollen keine flächendeckende Schnüffelei, kein kommerzielles Sammeln und keinen Verkauf persönlicher Daten.
- Wir wollen Steuerhinterziehung bekämpfen, legale Tricks abbauen und dafür sorgen, dass die Großverdiener und großen Konzerne ihren Anteil an der Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben leisten. Steuerhinterzieher sind Schmarotzer!
- Wir wollen eine strikte Regulierung der Finanzbranche und einen starken Verbraucherschutz.
- Wir wollen Lohn-, Sozial- und Umweltdumping weltweit verhindern. Konzerne müssen für ihr Handeln zur Rechenschaft gezogen werden.
- Wir wollen Waffenexporte verbieten und Kriege beenden.
- Weitere Informationen sind zu finden unter:

<https://www.campact.de/ttip/>

<http://www.attac.de/ttip>

vds

**Am 16. April wurden radikale Kürzungspläne der Verwaltung der Krefelder Öffentlichkeit endlich bekannt. Dies geschah nicht etwa durch die Verwaltung oder gar den OB Kathstede selbst, sondern durch die Krefelder Presse.**

**DIE LINKE. Krefeld ist sowohl über die Geheimhaltung als auch über den geplanten weiteren puren Kahlschlag an sich empört.**

Am 8. April wurde auf der letzten Sitzung des Krefelder Stadtrates durch die Mehrheit von CDU, FDP und UWG eine Kürzungsliste beschlossen. Es war aber keine Rede von weiteren Kürzungen oder von deren angeblicher Notwendigkeit.

## Geheimsache Streichliste

Anscheinend sollte der geplante Kürzungshammer bis nach den Kommunalwahlen geheim bleiben.

DIE LINKE. Krefeld lehnt diese unsoziale Politik nach wie vor ab und fordert eine Finanzpolitik mit konstruktivem Konzept gegen die chronische Unterfinanzierung durch Bund und Land.

Wir hatten im Rat und durch den Kreisverband bereits die vorherige Streichorgie am 08.04. als unsozial bezeichnet und abgelehnt.

DIE LINKE. Krefeld meint: Der Krefelder Haushalt ist nicht nur in einer finanziellen Notlage, sondern auch in einer sozialen Schiefelage. Grundsätzlich ist die finanzielle Notlage nur durch höhere Einnahmen, vor allem

durch mehr Mittel vom Bund zu bewältigen, denn der Krefelder Haushalt ist strukturell unterfinanziert. Krefeld bekommt - wie die anderen Kommunen in NRW auch - viel zu wenig Mittel von Bund und Land zur Bewältigung der kommunalen Aufgaben. CDU, FDP und UWG versuchen durch unverantwortliche Streichungen, Gebührenerhöhungen und Privatisierungen der städtischen Aufgaben die Millionenlücke zu stopfen. Ein aussichtsloses Unterfangen. Gerade die Ratsfrauen und -herren der Bundesregierungsparteien CDU und SPD haben die Pflicht, öffentlich und kontinuierlich ihre Regierung zur Einhaltung des Konnexitätsprinzips aufzufordern. Sie kommen dieser Pflicht

gegenüber Krefeld aber nicht nach, sondern machen Krefeld immer unsozialer durch Kürzungen Marke CDU/FDP und durch PPP-Projekte. Für diese setzen sich sowohl SPD, als auch CDU und FDP ein. Nur DIE LINKE. Krefeld hat im Krefelder Rat gegen das PPP-Projekt gestimmt.

Unsere Stadt muss ihre Finanzpolitik mit sozialer und politischer Weitsicht betreiben. Nur durch regionale und bundesweite Bündnisse und Kampagnen der Kommunen für eine wenigstens ausreichende finanzielle Basis durch Bund und Land, sind lebendige Städte ohne Armut und ohne Schulden möglich. Streichorgien, kommunale Alleingänge bei der Gewerbesteuer und Gebührenerhöhungen bewirken das Gegenteil.

St. H., B.C.

# Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Rat der Stadt Krefeld am 25. Mai 2014

## Platz 1: Basri Cakir

Alter: 53  
Familienstand: verheiratet  
und 2 Kinder  
Beruf: Briefzusteller  
Mitglied bei: DIE LINKE., DIDF/Solidaritätshaus, Ver.di, VL, Bürgerverein Schicksbaum, Fördervereine der Schulen  
Politische Schwerpunkte: Soziales, Schule und Migration



## Platz 2: Stephan Hagemes

Alter: 38  
Familienstand: ledig,  
keine Kinder  
Beruf: Sozialarbeiter  
Mitglied bei: DIE LINKE. seit 2007,  
ver.di, "Bündnis Krefeld für Toleranz  
und Demokratie e.V."  
Politische Schwerpunkte: Soziales,  
Menschenrechte und Antirassismus,  
Bildung und Antikapitalismus



## Platz 3: Julia Suermond

Alter: 32 Jahre  
Familienstand: ledig  
Beruf: Filmemacherin  
Mitglied bei: DIE LINKE.  
Kommunalpolitische  
Schwerpunkte:  
Kultur, Sozialpolitik und Stadtentwicklung. Vor allem bin ich gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums und für eine Stadt, die allen gehört!



## Platz 4: Johannes Eisenhuth

Alter: 24 Jahre  
Familienstand: ledig  
Beruf: Medizinstudent  
Mitglied bei: DIE LINKE. Aktiv in Kirche und Sport, Mitglied im Marburger Bund  
Kommunalpolitische Schwerpunkte: Jugend, Gesundheit und Soziales, Bildung, Finanzen, Stadtentwicklung



## Platz 5: Ursula Mende

Alter: 60 Jahre  
Familienstand: verheiratet  
Beruf: Rechtsanwältin  
Mitglied bei: DIE LINKE. ver.di, Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ), "Bündnis Krefeld für Toleranz und Demokratie e.V."  
Kommunalpolitische Schwerpunkte: Asyl, Migration und Integration, Kultur, Stadtentwicklung.



## Platz 6: Michaela Calabrese-Lewicki

Alter: 47 Jahre  
Familienstand: verheiratet, 4 Kinder  
Beruf: Hausfrau,  
ehrenamtliche Tätigkeit an Krefelder Schulen: Theaterprojekte und Teamfindung  
Mitglied bei: DIE LINKE seit 2011  
Kommunalpolitische Schwerpunkte: Familien – Jugend und Seniorenpolitik, Schule, Inklusion



## Platz 7: Heidrun von der Stück

Alter: 69 Jahre, zwei Söhne,  
Beruf: Lehrerin (pens.), Kinder- und Jugendlichen-Therapeutin,  
Sprecherin im KV Krefeld seit 2007,  
Mitglied bei: DIE LINKE. rosa-luxemburg-club linker niederrhein, VVN, GEW, DIDF, SODI-Förder-Mitglied, Bündnis Krefeld für Toleranz und Demokratie, attac, Freidenker-Verband, amnesty. Kommunalpolitische Schwerpunkte: Kinder- und Jugendpolitik, Bildung, Inklusion



## Platz 8: Metin Eyibak

46 Jahre,  
verheiratet, zwei Kinder,  
Beruf: Lagerarbeiter  
Wohnt seit 16 Jahren im Reinersweg;  
Mitglied bei: DIE LINKE.  
Seit fünf Jahren Bezirksvertreter in Krefeld-Süd, vorher schon aktiv als Elternvertreter in der Regenbogenschule und Kurt Tucholsky Gesamtschule sowie Betriebsrats-Gründungsmitglied.



## Platz 9: Manfred Göbel

Alter: 66 Jahre  
Familienstand: verheiratet  
Beruf: Drucktechniker, i. R.  
Mitglied bei: DIE LINKE. ver.di, VVN, ADFC, Sozialbündnis Krefeld, Flüchtlingsrat Krefeld.  
Politische Schwerpunkte: Sozialpolitik, Soziale Stadtentwicklung und -planung, Wohnen, Verkehr, Flucht und Migration, Wirtschaft-Haushalt-Finanzen, Antifaschismus und Erinnerungskultur.



## Platz 10: Herma Janßen

Alter: 47  
Beruf: Gewerkschaftssekretärin  
Mitglied bei: DIE LINKE. ver.di  
Politische Schwerpunkt: Sozialpolitik, Stadtentwicklung-Planung, Wohnen, Antifaschismus





## Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zu den Bezirksvertretungen

### Bezirksvertretung West:

#### Stephan Hagemes

Alter: 38  
Familienstand: ledig,  
keine Kinder  
Beruf: Sozialarbeiter  
Mitglied bei: DIE LINKE.  
seit 2007, ver.di,  
"Bündnis Krefeld für Toleranz  
und Demokratie e.V." Politische Schwerpunkte:  
Soziales, Menschenrechte und Antirassismus, Bil-  
dung und Antikapitalismus. Mein Einsatz in der BV-  
West: Ich habe mich erfolgreich dafür eingesetzt,  
dass die Josefschule, die B.I. rund um St. Josef und  
das "Fest ohne Grenzen - Gemeinsam gegen Ras-  
sismus" jeweils mit 1.000 € aus den bezirksbezo-  
genen Haushaltsmitteln unterstützt wurden und  
die Umwandlung der Blumenstraße in eine Fahr-  
radstraße mit anderen Fraktionen in der BV-West  
durchgesetzt. Mir sind Kinder- und Jugendförde-  
rung in KR sehr wichtig. Daher werde ich weiterhin  
eine wenigstens ausreichende Personalausstat-  
tung der Jugendzentren im West-Bezirk fordern.



### Bezirksvertretung Mitte:

#### Hayri Cakir

Alter: 49 Jahre  
Familienstand: verheiratet,  
ein Kind 4 Jahre alt  
Beruf: Briefzusteller,  
Mitglied bei: DIE LINKE.,  
Bundes- und Landesmig-  
rationsausschuss in Ver.di,  
stellvert. VK-leiter, Beisitzer im DGB Stadtverband,  
Im Elternrat des Kindergartens, Bürgerverein Har-  
denbergplatz, Seit 15 Jahre Vorsitzender „Solidari-  
tätshaus e.V.“, dem einzigen überwiegend von  
Menschen mit türkischen Wurzeln gebildeten Mi-  
grantenverein, der weder religiös noch nationalis-  
tisch ist. Der Verein ist Mitglied im Sozialbündnis  
und dem "Bündnis Krefeld für Toleranz und Demo-  
kratie e.V.". Wir arbeiten mit Gewerkschaften, so-  
zialen Verbänden und anderen demokratischen  
Organisationen gegen Rassismus und für die Lö-  
sung sozialer Probleme. Bezirksvertreter in Mitte  
seit 2009. Ich setze mich dafür ein, dass die Stadt-  
mitte menschenfreundlicher gestaltet wird. Mein  
Motto: „Die Stadt gehört Dir!“



### Bezirksvertretung Oppum/Linn: Jürgen Junginger

69 Jahre  
Hochschullehrer i. R.  
3 Kinder, seit Anfang 2013  
Bezirksvertreter für DIE LINKE  
in Oppum-Linn, Beiratsmitglied  
in Coordination gegen Bayer-  
Gefahren. Meine Aussage zur  
Kommunalwahl: Seit 32 Jahren  
wohne ich in Krefeld-Oppum und tue dies immer  
noch gerne. Hier sind meine drei Kinder aufge-  
wachsen und ich bin jetzt im Ruhestand. Bisher  
war unser Stadtteil bedingt durch seine unter-  
schiedlichen und zerissenen örtlichen Strukturen  
oft ein Stiefkind der Politik. Ich möchte dazu bei-  
tragen für Oppum mehr Verteilungsgerechtigkeit  
herzustellen um die Lebensqualität, insbesondere  
dem Schutz vor Lärm, für seine Bewohner zu ver-  
bessern. Dazu gehört für mich auch die Steigerung  
der öffentlichen Wachsamkeit gegenüber drohen-  
den Störfällen der chemischen Industrie, sowie der  
behutsame Umgang mit unserem historischen Er-  
be von Baukultur und Stadtgestalt.



### Bezirksvertretung Nord

#### Findik Garip

Alter: 47  
Familienstand: verheiratet  
Beruf: Kosmetikerin  
Mitglied bei: Solidaritäts-  
haus e.V. - DIDF-Krefeld  
Gartenbauverein  
Krefeld-Nord e.V. 1920  
Politische Schwerpunkte:  
Antirassismus, Frauenpolitik, Bildungspolitik  
Ich mache mich stark gegen Rassismus, für die  
Gleichberechtigung von Frauen und Männern, für  
gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gegen die Unge-  
rechtigkeit im Bildungswesen. Bildung soll  
für die Kinder gleichermaßen zugänglich sein unab-  
hängig vom Einkommen, arme Kinder und Kinder  
aus Arbeiterfamilien dürfen nicht benachteiligt  
werden.



### Bezirksvertretung Süd:

#### Metin Eyibak

46 Jahre,  
verheiratet,  
zwei Kinder,  
Beruf: Lagerarbeiter  
Wohnt seit 16 Jahren  
im Reinersweg;  
Mitglied bei: DIE LINKE.  
seit fünf Jahren Bezirks-  
vertreter in Krefeld-Süd,  
vorher schon aktiv als Elternvertreter in der Regen-  
bogenschule und Kurt Tucholsky Gesamtschule so-  
wie Betriebsrats-Gründungsmitglied.



### Bezirksvertretung Ost: Michaela Calabrese-Lewicki

Alter: 47 Jahre  
Familienstand: verheiratet,  
4 Kinder, Beruf: Hausfrau,  
ehrenamtliche Tätigkeit an  
Krefelder Schulen: Theater-  
projekte und Teamfindung  
Mitglied: DIE LINKE. seit 2011,  
Kommunalpolitische  
Schwerpunkte: Familien -  
Jugend und Seniorenpolitik,  
Schule, Inklusion. In Krefeld geboren und aufge-  
wachsen lebe ich seit 2003 mit meiner Familie in  
Bockum. Einige von Ihnen werden mich aus den  
verschiedenen Schulen in der Umgebung kennen.  
Als Mutter von 4 Kindern habe ich in den letzten  
20 Jahren viele Familien kennengelernt. Mein Ent-  
schluss politisch aktiv zu werden begann 2011, als  
plötzlich das Schülertaxi für Schüler der Friedrich  
von Bodelschwingh Schule gestrichen wurde, ent-  
schied ich mich mit vielen betroffenen Familien für



### Bezirksvertretung Hüls

#### Derman Sögüt

Alter: 22  
Familienstand: ledig  
Mitglied/aktiv bei: DIDF  
Krefeld / Alevitische  
Gemeinde Krefeld  
Politische Schwerpunkte:  
Antifaschismus, soziale  
Spielräume für Kleinkinder  
(Spielplätze), mehr Kitaplätze, denn wir wissen alle  
welch ein großes Problem das für die kommenden  
Generationen ist, Verstärkung des Bildungssys-  
tems, mehr Ausbildungsplätze schaffen, indem Un-  
ternehmen zur Ausbildung verpflichtet werden,  
Jugendliche unterstützen bei ihren Zukunftsplänen  
und Entscheidung des Berufs.



### Bezirksvertretung Fischeln:

#### Johannes Eisenhuth

Alter: 24 Jahre  
Familienstand: ledig  
Beruf: Medizinstudent  
Mitglied bei: DIE LINKE.,  
aktiv in Kirche und Sport,  
Marburger Bund. Kommunal-  
politische Schwerpunkte:  
Jugend, Gesundheit und  
Soziales, Bildung, Finanzen,  
Stadtentwicklung. Mein Einsatz in Fischeln: Für be-  
rufsgerechte Wochenmarktzeiten auch am Nach-  
mittag! Berufstätige und junge Familien müssen  
das Angebot des Fischelner Wochenmarktes nutzen  
können. Für den Erhalt des Fischelner Bruchs, ge-  
gen großflächige Baulandausweisung jenseits der  
K- Bahn im Fischelner Osten! Für mehr Mitsprache-  
recht für Jugendliche in der Fischelner Bezirksver-  
tretung durch Einführung des Rederechts für  
Vertreter des Jugendbeirates! Für die Einrichtung  
eines Netzwerks für die Bereitstellung von Pro-  
beräumen für musizierende Jugendliche in Fischeln!



### Bezirksvertretung Uerdingen Manfred Göbel

Alter: 66 Jahre  
Familienstand: verheiratet  
Beruf: Drucktechniker, i. R.  
Mitglied bei: DIE LINKE  
ver.di, VVN, ADFC, Sozial-  
bündnis Krefeld, Flüchtlings-  
rat Krefeld. Schwerpunkt  
meiner Arbeit wird die Wieder-  
eröffnung der städtischen Bücherei sein. Der Wo-  
chenmarkt sollte auf dem bisherigen Platz am Rött-  
gen bleiben. Mit behutsamen Maßnahmen, unter  
Einbeziehung der Bewohner, den Stadtteil entwi-  
ckeln und Nutzungskonzepte für die Industriebrä-  
chen sowie die freien Grundstücke am Rhein  
entwickeln. Die gute Lage des Stadtteiles am Rhein  
besser nutzen, ohne Luxusbebauung und Verdrän-  
gungen von Menschen, die sich das nicht leisten  
können. Den Rheindeich nach der Fertigstellung  
auch für Fahrradverkehr freigeben.





# Für echte Strom- und Mietpreisbremsen!

**Die Lebenshaltungskosten steigen und steigen. Besonders die „zweite Miete“, die Nebenkosten, wird für immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher zum Problem. Seit dem Jahr 2000 haben sich die Preise für Strom und Gas verdoppelt. Auch die Heizkosten explodieren. Heizöl ist zwischen 2002 und 2012 sogar um 150 Prozent teurer geworden. Besonders in mittleren und großen Städten kommt noch das Problem steigender Mieten hinzu. Steigerungen bei bestehenden Mietverhältnissen zwischen 20 und 30 Prozent in wenigen Jahre sind keine Seltenheit.**

Die Bundesregierung sollte alarmiert sein. Doch weder die im Wahlkampf versprochene Strompreisdämpfung noch eine wirkungsvolle Mietpreisbremse werden kommen. Im Gegenteil. Geht es nach Wirtschaftsminister Gabriel werden die Strompreise für die Haushalte weiter steigen. Denn der sozialdemokratische Wirtschaftsminister hat dafür gesorgt, dass auch weiterhin zahlreiche große Unternehmen von der Ökostromumlage ganz oder teilweise befreit werden. Die über 5 Milliarden Euro, die die Industrie damit spart, zahlen am Ende die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die kleineren Unternehmen über ihre Stromrechnung. Am Ende zahlt die Rentnerin dann die Stromrechnung für Vattenfall – das ist schlichtweg ungerecht!

Bei den Mieten gibt es – immerhin – den Vorschlag für eine Mietpreisbremse, die Justizminister Heiko Maas kürzlich ankündigte. Doch hier steckt der Teufel im Detail. Bei Neuvermietung soll die Miete nicht über 10 Prozent der ortsüblichen Miete steigen. Die ortsübliche Vergleichsmiete ergibt sich aber aus dem Mietpiegel. Der ist in seiner bisherigen Form aber ein Mietteuerungsspiegel und wird den Mietenanstieg aber nicht stoppen. Schlimmer noch: Die Mietpreisbremse soll nur gelten, wenn die Länder es wollen. Und ob zukünftig in Städten wie München oder Frankfurt am Main, wo die Mieten besonders hoch sind und die Union in der Landesregierung sitzt, eine Mietpreisbremse gilt, steht in den Sternen.

DIE LINKE hat zahlreiche Alternativen. Zur Senkung der Strompreise haben wir ein ganzes Maßnahmenpaket vorgelegt. Neben der Abschaffung der ungerechtfertigten Industriearbatterabatte fordern wir die Senkung der Stromsteuer, die Wiedereinführung der Strompreisaufsicht und die Einführung von Energiewendefonds.

Damit würde ein durchschnittlicher Familienhaushalt im Jahr 185 Euro Stromkosten sparen ohne dass die Energiewende gefährdet wird. Außerdem setzen wir uns für eine echte Mietpreisbremse ein: Mieten dürfen nicht nur aufgrund von Wiedervermietung steigen, wenn sich der Wohnwert nicht verbessert und auch sonst nur innerhalb des Inflationsausgleichs. Wir als LINKE finden: Sowohl die erste als auch die zweite Miete muss bezahlbar bleiben!

*Caren Lay, stellvertretende Fraktions- und Parteivorsitzende DIE LINKE*

**In Europa und in der Kommune: Am 25. Mai mit allen Stimmen DIE LINKE. wählen.**

**"Mit LINKS gemeinsam gestalten: 100 % sozial"**

# 320.000 Stromsperren im Jahr 2012

**Wer seinen Strom nicht bezahlen kann, kriegt ihn schlicht abgedreht: 2012 ging das mehr als 320.000 Menschen in Deutschland so.**

**Damit ist die Tendenz steigend, im Vorjahr waren es noch 7.500 Fälle weniger gewesen. Das ergibt die Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linkspartei, aus der die Tageszeitung Die Welt heute bereits vorab zitierte.**

Die Linkspartei wiederholt ihre Forderung nach einem Verbot der Stromsperren. "Es ist absolut unverhältnismäßig, dass Familien wegen ein paar Euro im Dunkeln sitzen müssen", sagte Caren Lay, Fraktionsvize der Linken im Bundestag, der Welt. "Wir brauchen außerdem einen Härtefallfonds, der Haushalten mit Zahlungsrückständen kurzfristig unbürokratisch hilft", so die Politikerin. Auf ihrer Website fordert Lay zudem die Erhöhung des Wohngeldes – um einen Energiezuschuss.

Das Bundeswirtschaftsministerium hält aber die geltenden Regelungen für ausreichend, berichtet die Welt. "Durch das Sozialrecht wird der Strombedarf von Empfängern staatli-

cher Transferleistungen angemessen gesichert", heißt es in der Antwort auf die Linke-Anfrage. Die Entwicklung des Strompreises werde "angemessen berücksichtigt".

Alternativmodelle zum Umgang mit Stromkunden, die in Zahlungsverzug kommen, existieren indes schon lange. Michael Kopatz vom Wuppertal Institut hatte bereits 2012 ein Gesetz vorgeschlagen, das dem Kunden bei einem Zahlungsverzug die kostenlose Installation eines Prepaid-Zählers garantiert. Kompliziert sei dieses System nicht: "In Deutschland gibt es rund 40 Millionen Prepaid-Handys, deren Konzept jedes Kind versteht." Damit ließe sich das Problem der Energiearmut lindern, auch weil Prepaid-Kunden erfahrungsgemäß bewusster mit Strom umgingen, hatte Kopatz erklärt.

Das Prepaid-Modell reagiert so auch auf den Vorwurf mancher Klimaschützer, ein Verbot der Stromsperren würde dazu führen, dass der Wert von Energie und deren Umweltauswirkungen verschleiert werden.

*Quelle:*

*KLIMARETTER.INFO | scz 2014*

*<http://www.sonnenseite.com/Aktuelle+News,320.000+Stromsperren+im+Jahr+2012,6,a28373.html>*



*Demonstration in Berlin am 30.11.2013*



# Bücherei Uerdingen: Kriegserklärung gegen eine kommunale Einrichtung

**Nein, Uerdingen ist nicht das galische Dorf, das römischer Belagerung und Besetzung widersteht. Oder doch: Uerdinger\_innen haben - wie sonst nirgends in Krefeld - sich nicht nur jahrelang gegen Kürzung der Öffnungszeiten und Schließung der städtischen Bücherei in Uerdingen gewehrt und mit Unterschriften- und Postkartenaktionen, Menschenkette und Demonstrationen für den Erhalt gekämpft, sondern auch nach der vorläufigen Schließung mit den ständigen Montagslesungen vor der Bücherei einen fortwährenden Stachel des Widerspruchs gesetzt.**

Der wirkt und hat den Nerv von Oberbürgermeister und Verwaltung getroffen.

Und so wurden denn am 09. April 2014 die Streitröscher der GSAK mit ihren Spezialfahrzeugen vor die Bücherei Am Marktplatz 5 zur Räumung des restlichen Inventars beordert und symbolhaft martialisch am unbelebten Unruheherd sinnentleert bei der zweitägigen Aktion gezeigt, wo der Hammer hängt. Das hat Bilder produziert, die durch Uerdingen und die Uerdinger\_innen "durchgegangen" sind und nicht vergessen werden: von alles verschlingendem Fahrzeuggerät, das gierig gefräßig noch völlig intakte Holzstühle und -tische, Regalelemente und anderes Inventar knartschend und krachend zermahlen hat.

Aufschlussreich auch der Zeitpunkt der Aktion wenige Tage nach der fulminanten Feier des 100. Geburtstags der Uerdinger Bücherei mit gut 250 Gästen und Lesemarathon, an dem sich neben vielen Kindern u. a. die Autoren Bernhard Hennen und Wolfgang Hohlbein, der NDR-Redakteur Joachim Dicks und der Kabarettist Wilfried Schmickler mit eigenem Programm beteiligten und die Geschäfts-



Die geschlossenen Bücherei in Uerdingen

führerin vom ver-di -Bezirk linker Niederrhein Mechthild Schratz gratulierte und sich für den Erhalt der Bücherei aussprach. Bleibt gleichwohl die Frage - neben der inszenierten Machtdemonstration - was die Krefelder Verwaltungsspitze auf den letzten Metern der Legislaturperiode dazu getrieben hat, in Zeiten des Nothaushalts ohne Not die vollständige Räumung der Bücherei anzuweisen und insbesondere den damit beauftragten Leiter der Mediothek, dies unmittelbar wenige Tage nach dem 100. Geburtstag der Uerdinger Bücherei und unmittelbar nach der letzten Ratssitzung zu terminieren und willig zu vollstrecken. Sichtlich "angefressen" von der Publizität der in aller Heimlichkeit vorbereiteten Räumungsaktion, kanzelte der Oberbürgermeister in der Ratssitzung am 08. April zu später Stunde die akzentuiert kritische Presseberichterstattung harsch als unsachlich und falsch ab und bezeichnete die bevorstehende Aktion bagatellisierend als "Entrümpelung". Das wusste nun der Arbeitskreis "Erhalt der Bücherei" besser: Nicht nur, dass sich in den Räumen noch denkmalsrelevantes Inventar (Fensterläden und Schränke) befindet, die zuständige untere Denk-

malschutzbehörde hier nicht einbezogen und erst durch Dritte unterrichtet worden ist, sondern auch noch alte Gerichtsakten des ehemaligen Amtsgerichts Uerdingen sich dort befinden bzw. befanden. Letzteres war dem Verwaltungschef völlig unbekannt, der sich großspurig auf Erkenntnisse des Stadtarchivs bezog, wonach nichts von Relevanz sich in den Büchereiräumen mehr befindet. Die Kunde von - plötzlich aufgetauchten seit Jahrzehnten dort la-

gernden - Gerichtsaktenresten, die dem Zugriff der Justizverwaltung des Landes NRW unterliegen, brachten den Verwaltungschef deutlich aus der Fassung.

Die Ratssitzung zeichnete sich aber durch andere hierzu "nicht passende" Entscheidungen aus. So wurde als "Opus magnum" - Großwerk und Großtat - der seit Jahren beratene Flächennutzungsplan verabschiedet. Darin ist für den Stadtteil Uerdingen das Gebäude der Bücherei nach einer Vielzahl von Einwendungen wieder als "Gemeinbedarfsfläche" ausgewiesen, die ausschließlich der Allgemeinheit dienen muss und insbesondere nur durch kulturelle Einrichtungen o. ä. genutzt werden darf. Bei ihrem Votum, den Einwendungen zu entsprechen, hat die Verwaltung maßgeblich sich auf die Begründung der Einwender bezogen und auf die "Erhaltungs- und Förderpflicht aus dem Vertrag zwischen Krefeld und Uerdingen" abgestellt, die entscheidend für die Unterbringung der Bücherei an diesem Ort gewesen sei. In dem Vertrag zwischen Krefeld und Uerdingen vom 25.04.1930 hat sich damals die Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. "verpflichtet, dauernd, auch über die Übergangszeit hinaus im Stadtteil Uerdingen (...) die Stadtbibliothek in gutem Zustande zu erhalten und dem wachsenden Bedarf entsprechend auszubauen (§ 4 a).

Den Vollzug dieser Verpflichtung mahnen die Montagslesungen weiter an.

## DIE LINKE fordert Wiedereröffnung

DIE LINKE. Krefeld hält die Wiederöffnung der Bücherei in Uerdingen für unverzichtbar. Wenn Lesen als wichtigste Schlüsselkompetenz im Leben gilt und damit Grundlage jeglicher Wissensaneignung ist, dann muss gerade in diesen Bereich kommunal investiert und die Standorte am Theaterplatz und in Uerdingen gestärkt werden, zumal Bücher und andere digitale Medien zu den niederschwelligsten und kostengünstigsten Kulturgütern gehören. Qualifizierte kulturelle Angebote sind harter Standortfaktor. Sie entscheiden über die urbane Qualität in den Stadtteilen. Lebensqualität und Attraktivität der Stadtteile hängen von ortsnahen mit dem Stadtteil verbundenen und verwurzelten kulturellen Einrichtungen im Quartier ab, die auch kommunikativer Ankerort für Begegnung und Austausch sind. Die Uerdinger Bücherei ist so ein Lichtzeichen mit großer Leuchtkraft in den Stadtteil.



Mechthild Schratz von ver.di gratuliert



Ein nicht erfreuter Oberbürgermeister

U.M.



**Europa kommt nicht aus der Krise und mit jedem Jahr werden die Meldungen schlimmer: Rekordzahlen bei den Arbeitslosen nicht nur in Griechenland und Spanien, Kürzungen von Löhnen, Renten und Sozialleistungen, Ausgrenzung von Armen, verschlossene Grenzen für Menschen auf der Flucht. Die Politik von Troika und EU treibt ganze Staaten in den Ruin und setzt sie unter Druck, Löhne zu senken und Arbeitnehmerrechte einzuschränken, während die Reichen und Vermögenden und die Banken ungeschoren bleiben.**

## Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen links

Lohnrückerei in Deutschland und das Handeln der Bundesregierung sind wesentlich verantwortlich für die Euro-Krise und die herrschende Politik in der EU. Die anderen Parteien haben dies unterstützt und aktiv vorangetrieben. Die SPD hat sich festgelegt, die Europapolitik von Merkel auch in der großen Koalition weiterzuführen.

Nur DIE LINKE hat der herrschenden Krisenpolitik im Bundestag widersprochen und steht als Partei glaubwürdig für einen Richtungswechsel, damit Europa eine soziale und demo-

kratische, eine bessere und friedliche Zukunft hat. DIE LINKE will ein solidarisches Europa, ein Europa der Menschen und nicht der Konzerne. Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Statt der Festlegung auf eine kapitalistische Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb muss im EU-Recht der Vorrang demokratischer und sozialer Rechte vor wirtschaftlichen Freiheiten verankert werden. Statt menschenfeindlicher Kürzungspolitik fordern wir höhere Löhne und ein großes europäisches Investitions- und Aufbauprogramm, finanziert

durch europaweite Vermögensabgaben der Millionäre.

Dafür ist DIE LINKE gemeinsam mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern auch außerparlamentarisch aktiv in Deutschland und in Europa.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für ein anderes, ein besseres Europa. Eine Stimme des Protests gegen die herrschende Politik. Eine Stimme für eine soziale Alternative zum entfesselten Kapitalismus. Deshalb rufen wir auf, bei der Europawahl 2014 DIE LINKE zu wählen!

Der Aufruf kann weiter unterschrieben werden:

<http://www.gewerkschafterinnen-waehlen-links.de/>

Erstunterzeichner/innen

Annette Becker (Betriebsratsvorsitzende) | Elke Behmer (stellv. Betriebsratsvorsitzende) | Andreas Bernig (Stellv. Landesvorsitzender) | Andreas Blechner (Betriebsratsvorsitzender) | Nils Böhlke (Wissenschaftler) | Helmut Born (Betriebsratsvorsitzender) | Giesela Brandes-Steggewentz (Gewerkschaftssekretärin) | Hasan Cakir (Betriebsratsvorsitzender) | Werner Dreibus (Gewerkschaftssekretär i.R.) | Jochen Dürr (stellv. Mitarbeitervertretungsvorsitzender) | Axel Gernike (Gewerkschaftssekretär) | Murat Günes (Betriebsratsvorsitzender) | Cuno Hägele (Gewerkschaftssekretär) | Roland Hamm (Gewerkschaftssekretär) | Adrian Hermes (stell. Vorsitzender europ. Gewerkschaftsjugend) | Günter Hoetzel (Gewerkschaftssekretär) | Heinz Hoffmann (Gewerkschaftssekretär i.R.) | Andreas Höppner (Betriebsratsvorsitzender) | Karoline Kleinschmidt (Gewerkschaftssekretärin) | Marion Koslowski-Kuzu (Gewerkschaftssekretärin) | Ralf Krämer (Gewerkschaftssekretär) | Hans Kroha (Gewerkschaftssekretär) | Peter Kurbjuweit (Gewerkschaftssekretär i.R.) | Michael Lemm (Vertrauenskörper-Vorsitzender) | David Matrai (Gewerkschaftssekretär) | Norbert Müller (ehem. stellv. Landesvorsitzender) | Johannes Müllerschön (Konzernbetriebsratsvorsitzender) | Dieter Nickel (Gewerkschaftssekretär) | Klaus Pickshaus (Gewerkschaftssekretär) | Ulla Pingel (aktive Ehrenamtliche) | Frank Pook (Betriebsratsvorsitzender) | Wolfgang Räsche (Gewerkschaftssekretär) | Kirsten Rautenstrauch (Betriebsratsvorsitzende) | Sabine Reiner (Gewerkschaftssekretärin) | Brigitte Runge (Gewerkschaftssekretärin) | Stefan Sachs (Gewerkschaftssekretär) | Robert Sadowsky (Gewerkschaftssekretär) | Horst Schmitthenner (Gewerkschaftssekretär i.R.) | Jana Seppelt (Gewerkschaftssekretärin) | Luis Sergio (Gewerkschaftssekretär) | Jürgen Stamm (Gewerkschaftssekretär i.R.) | Sybille Stamm (Gewerkschaftssekretärin i.R.) | Karin Topel (Betriebsratsvorsitzende) | Robert Weißenbrunner (Gewerkschaftssekretär) | Matthias Wilhelm (Gewerkschaftssekretär) | Florian Witte (Pädagogischer Referent) |

Die letzten Online-Unterschriften\*:

\* Angezeigt werden nur die, die über die Website unterschrieben und der Veröffentlichung Ihres Namens zugestimmt haben  
Altstipendiant der Hans Böckler Stiftung des DGB Karlheinz Berger-Frerich, Gevelsberg, 0 | Thomas Meißner, Bad Iburg, ver.di, Gewerkschaftssekretär | Thomas Mitsch, Wendlingen, ver.di, Pressereferent ver.di Ortsverein Esslingen-Filder | Thomas Gutgesell, Wuppertal, IG Metall, Betriebsratsvorsitzender | DGB-Rechtsschutzsekretär Christoph Hunger, Offenbach, ver.di | Hasan Burgucuglu, Hamburg, GEW, Mitglied | Reinhard Ruch, Garching an der Alz, ver.di, Mitglied, Bildungsarbeiter, Autor | a schmitz, 0 | Stefan Gustke, keine, Freiberuflich | Klaus Meier, Celle, GEW, stellvertretender KV Hannover Stadt | Jadranka Dierkes, Bochum, keine | manfred schubert, hamburg, andere, linker | Marco Bröhl, keine | Nicolas Arndt, ver.di, Erwerbslose SON | Carsten Klink, Dortmund, ver.di | Siegfried Seidel, Hannover, ver.di, VL-Leitung; BR; Ortsvereinsvorstand ver.di Hannover | Benjamin Körner, Münster, ver.di, Präsidiumsmitglied Bezirksvorstand Münsterland | Horst Gromann, Herford, IG Metall, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender | Detlev Brands, Kempen, IG BCE, Gewerkschaftsmitglied | Birgitt Jacobi, Ffm, ver.di, Mitglied | Karl-Heinz Schmidt, Helmstedt, IG Metall, Vertrauensmann, VW Wolfsburg | Werner Kubitz, IG Metall | Jürgen Jonas, Nehren, ver.di | MdB Alexander Ulrich, Reichenbach-Steegen, IG Metall, 2. Bevollmächtigter | Clemens Selzer, Bad Homburg, ver.di, Mitglied KV/BezVorst/Bez-FB-Vorst. | Knut Dörfel, Frankfurt, GEW | Alexander Weiß, IG Metall, Delegierter Chemnitz | Diethelm Nickel, Siegbach, IG Metall, Betriebsrat | Dave Koch, wittlich, ver.di, bezirksvorstandsstandvorsitzender Einzelhandel Trier | Christian Schröppel, Darmstadt, ver.di | Uli Franke, ver.di, Mitglied | Hermann Schaus, 0, Gewerkschaftssekretär | Rose Jandy von Trausnitz, Dransfeld, keine, Rentnerin | Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin Rita Krüger, Hildesheim, ver.di, ohne | Maik Gößling, Köln, ver.di, Sprecher der Vertrauensleute | Mario

### Der Initiative geht es darum zu zeigen, dass viele aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eine starke linke Alternative zur unsozialen Politik im Parlament für unbedingt nötig halten



Candeias, Berlin, ver.di, Tarifkommission | Gesamtpersonalrat Vorsitzenden Kreis Groß-Gerau Kostas Papoutsakis, Groß-gerau, ver.di, ver. di VL-Sprecher -Vorsitzenden GPR | Angela Hauser, 0, Personalratsvorsitzende | Gerlinde Strasdeit, Tübingen, ver.di, Ortsvereinsvorstandsvorsitzende Neckar-Alb | Ira Kromm, ver.di, Stellvertretende OV-Vorsitzende | Erik Schrader, ver.di, stellvertr. BR-Vorsitzender, Sprecher der ver.di-Vertrauensleute der Asklepios Klinik Altona, Hamburg | Lars Leopold, Hildesheim, ver.di, Mitglied | Dennis Olsen, Hannover, andere, Gewerkschaftssekretär | Eugen Bilke, Appenweier, IG Metall, Gewerkschaftssekretär i. R. | Wolfgang Gerber, Neu-Ulm, ver.di, Mitglied | Dipl.-Ing. Udo Gloy, Hohenwestedt, IG Metall | Henriette Kökmen, Hürth, ver.di, Ehrenamtliche | Christopher Neumann, Cottbus, ver.di | Martin Klein, Stein-Wingert, ver.di, Lndessprecher AG Betrieb u. Gewerkschaft Rhl-Pfalz DIE LINKE | Regina Kittler, GEW, LDV-Mitglied | Wolfgang Denecke, Leipzig, ver.di, stellv. Vors. BfV 13 Nordachsen | Heiner Schilling, Bremen, ver.di, Gewerkschaftssekretär | Thomas Michaelis, Chemnitz, IG BAU, aktives Gewerkschaftsmitglied | Christopher Kolisch, Detmold, IG Metall | Matthias Blöser, ver.di, Politikwissenschaftler | Klaus Willkomm-Wiener, Frankfurt, IG Metall, Gewerkschaftssekretär i. R. | Timo Seif, Herne, ver.di, Vertrauensmann, Personalrat | Dr. Bernd Tenbensel, Dortmund, ver.di, Gewerkschaftssekretär | Carsten Otto, Niedenstein, ver.di, Personalrat Stadt Baunatal | Bruno Nickel, Remseck, IG Metall, Gewerkschaftssekretär i.R. | Dr. Martin Rade, Gronau, ver.di, Vors. OV Gronau-Ahaus | Türkes Tosun, Lahs-

tedt, IG Metall, Betriebsrat | Daniel Müller, Hanau, 0, Gewerkschaftssekretär | Matthias Freund, IG Metall, Betriebsrat | Angelika Aime-Wiegold, Castrop-Rauxel, ver.di | Werner Geest, Wedel, ver.di | Özgür Yıldız, ver.di | Jens Löbel, Jena, 0, Gewerkschaftssekretär | Sabine Zimmermann, 0, Gewerkschaftssekretärin | Michael Niedworok, Berlin, ver.di, FB05-Vorstand Lbz BB | Doris Heinemann-Brooks, Hamburg, ver.di, Stellv. Personalratsvorsitzende | Wolfgang ZILLER, Schweinfurt, IG Metall, Gewerkschaftssekretär i.R., Mitglied GF-Landesvorstand DIE LINKE Bayern | Nick Woischneck, Duisburg, IG Metall | Torben Schultz, Mönchengladbach, ver.di | Michael Joho, Hamburg, ver.di, Betriebsrat | Ferencz Benda, Birkenwerder, GEW, Bezirksleitung Berlin-Neukölln/Landesvorstand | Stephan Krull, Magdeburg, IG Metall, ehem. BR-Mitglied VW Wolfsburg | Raimon Brete, Chemnitz, ver.di | Lars Klingsing, Garbsen, ver.di | Harald Scholtz, Hofheim, ver.di, Stv. Personalratsvorsitzender | Rainer Nagel, Braunschweig, ver.di | Holger Czitrich-Stahl, Glienicke, GEW, Mitglied | Kersten Artus, Hamburg, ver.di, Konzernbetriebsratsvorsitzende | Martina Beyer, Berlin, ver.di | dieter samieske, peine, IG Metall | Wolfgang Freye, Essen, IG Metall, Betriebsratsvorsitzender | Ralph F. Scherbaum, Köln, NGG, Fachgruppe Brauereien Region Köln | Dr. Edgar Göll, Berlin, ver.di, Mitglied | Thomas Lamparter, Stuttgart, ver.di, ehrenamtlich bei Ver.di, Mitglied LINKE Stuttgart | Michael Wiese, Herne, ver.di, Gewerkschaftssekretär | Heidrun Scholz, Hamburg, GEW | Willemelis Petra, Berlin, EVG, Mitglied | Dipl.-Soz.-päd. Joern Walpuski, Gelsenkirchen, ver.di | Andreas Wagner, Geretsried, GEW, stellv. Bezirksvorsitzender Oberbayern | Dipl.-Kfm. Kurt Wirth, Kempten, ver.di, ehem. BR-Vors. | Susanne Dorer, Waldkirch, 0, Gewerkschaftssekretärin | Sven Schröder, Bayreuth, IG Metall, Mitglied | Günter Wolff, ver.di, VL | Holger Giebel, Fürth, GEW, Kreisverbandsvorsitzender | Bernd A. Rosbund, Ruppichteroth, keine, armer, aber wacher Rentner | Stefan Michel, Karlsruhe, ver.di, Vertrauensmann | Jens Schäfer, Hannover, IG Metall, Betriebsratsvorsitzender | Michael Th. Nimz, Leipzig, ver.di, ehem. Betriebsrat sowie ehem. DGB-Kreisvorsitzender | Thomas Arndt, Dortmund, ver.di, Betriebsratsvorsitzender | Dirk Jakob, Kreuztal, IG Metall, Vertrauenskörperleiter und Betriebsrat | Manfred Kays, Braunschweig, IG Metall, Mitglied der LAG betrieb&gewerkschadt.Nds; Landessprecher der LAG Antifa Niedersachsen | Ralf Schrader, Marburg, GEW | klaus lovisa, mönchengladbach, ver.di, mitglied | Robert Levin, Lilienthal, ver.di, Medienschafter | Andreas Köppe, IG Metall, Vertrauenskörperleitung | Günter Blocks, Essen, ver.di, Vertrauensmann | Matthias W. Birkwald, MdB, Köln, IG Metall, Bundestagsabgeordneter DIE LINKE | Bernd Rudolph, Zwickau, GdP, stellv. Vorsitzender DGB-KV Zwickau | René Jokisch, Berlin, ver.di, Politikwissenschaftler | Ellen Begolli, ver.di | Dipl. Sozialwirt Karlheinz Paskuda, Mannheim, GEW, stellv. Betriebsrat | Lukas Hochberger, Münster, ver.di | Lilli Mund, Horn-Bad Meinberg, ver.di | Uschi Jacob-Reisinger, Lage, ver.di, Gewerkschaftssekretärin | Jörg Schindler, ver.di, Delegierter FB-Konferenz FB 13 Sachsen-Anhalt, stv. Landesvorsitzender DIE LINKE | Petra Schlag, Marburg, ver.di | Christoph Kröpl, ver.di, Mitglied | Prof. Dr. Klaus Peter Kisker, Berlin, GEW, Vertrauensdozent | Edith Fröse, Duisburg, ver.di, Gewerkschaftssekretärin | Andreas Müller, Freigericht, EVG, Tarifsekretär | Jürgen Eggers, Peine, IG Metall, Betriebsrat | Wolfgang Zimmermann, Düsseldorf, ver.di | Ralf Jaster, Tübingen, 0, Gewerkschaftssekretär | Daniel Anton, Freiburg, GEW | Ingo Kaiser, Diera-Zehren, IG Metall, Vertrauensmann, Delegierter | Jutta Krellmann, Copenbrügge, 0, Gewerkschaftssekretärin, MdB | Falk Hausdörfer, Schweina / Thür. Wald, GEW, Mitglied | Gemeinderatsherr die Linke in Ilsede Örsen Savas, Ilsede, IG Metall, Mitglied | Marion Junge, GEW | Ulrich Wolf, Ede-

Impressum: V.i.S.d.P. Heidrun von der Stück.  
Alte Linner Straße 85, 47799 Krefeld  
(02151) 783 33 75